Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 3½ Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 262. Dienstag den 24. August 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit §. 3 des Gemeindeanlagen-Regulativs der Stadt Leipzig ist jeder Grundstücksbesitzer, beziehentlich dessen Stellvertreter, gehalten, **im Laufe des Katasterjahres die etwaigen bezüglich der Mieth-, Nutzungs- oder Pachterträgnisse eingetretenen Veränderungen (Erhöhung oder Verminderung) sofort wahrheitsgemäß anzuzeigen**, und können Unterlassungen mit Ordnungsstrafe bis zu 50 ℳ belegt werden.

Da wahrzunehmen gewesen, daß diese Bestimmung nur sehr unvollkommen beobachtet worden ist, werden die hiesigen Grundstücksbesitzer, beziehentlich deren Vertreter, hierdurch aufgefordert, **alle seit der im vorigen Jahre erfolgten Einreichung der städtischen Grundsteuerlisten bis jetzt in den genannten Erträgnissen eingetretenen Veränderungen** nunmehr schleunigst an unsere Stadt-Steuer-Einnahme, Brühl 51, 2. Stock, Zimmer 1, schriftlich anzumelden und werden an dieser Stelle auf Verlangen Formulare zur Ausfüllung verabreicht.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, **daß die zeither vom Quartieramte** zur Instandhaltung des Verzeichnisses über die Einquartierungspflichtigen und die zur Einquartierung geeigneten Räume **erforderten Anzeigen vom Erlaß dieser Bekanntmachung ab nicht mehr an dasiger Stelle, sondern ebenfalls bei der Stadt-Steuer-Einnahme abzugeben sind.**

Leipzig, den 28. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Taube.

Bekanntmachung.

Wegen Vornahme des Schleußenbaues wird die **Pleißengasse** vom Dienstag, den 24. d. M., an auf die **Dauer des Baues für den Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 21. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Harrwitz.

Restaurationslocal.

Die zur **Restauration** des **„Schwarzen Bretes"**, Goethestraße Nr. 4, gehörigen **Localitäten** des Parterregeschosses und der ersten Etage, nebst verschiedenen **Räumlichkeiten** in dem anstoßenden Gebäude im Hofe und sonstigem Zubehör sollen vom 1. April 1881 an auf weitere **sechs Jahre**, unter Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, meistbietend verpachtet werden.

Pachtliebhaber haben sich hierzu

Montag, den 30. August d. J., Vormittags 11 Uhr,

im Universitäts-Rentamte (Vorder-Paulinum, Nordfl., 1. Etage) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Licitationsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.

Leipzig, am 20. August 1880.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Versteigerung von Bauplätzen an der Jacobsstraße.

Das der Stadtgemeinde gehörige **Bauareal** auf der **Ostseite der Jacobsstraße** soll in **5 Bauplätze**

Nr. 9 zu 400.00 Quadratmeter,
„ 10 „ 390.45 „
„ 11 „ 499.95 „
„ 12 „ 542.15 „
„ 13 „ 715.60 „ exclusive verbrochener Ecke

eingetheilt, **zum Verkaufe versteigert** werden und beraumen wir hierzu **Versteigerungstermin** im **großen Saale** der **Alten Waage**, Katharinenstraße 29, II. Etage, auf

Montag, den 13. September d. J. Vormittags 10 Uhr

an.

Derselbe wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der in obiger Reihenfolge nach einander ausgebotenen 5 Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungs- und allgemeinen Verkaufsbedingungen sowie der Parcellirungsplan und die von uns unter heutigem als obrigkeitliches Bauregulativ bekannt gemachten Bauvorschriften für das zu versteigernde Bauareal liegen **in unserem Bauamte, Tiefbauverwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18**, zur Einsichtnahme aus, wo auch Exemplare derselben gegen Bezahlung (die Bedingungen und Bauvorschriften zu je 20 ₰, der Parcellirungsplan zu 50 ₰) abgegeben werden.

Leipzig, am 13. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cerutti.

Vermiethungen in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

In obiger Fleischhalle sollen die **Abtheilungen**

Nr. 8 und 22 sofort,
„ **11 vom 30. dss. Mts. an,**
„ **5 vom 16. October dss. Js. an**

gegen **einmonatliche Kündigung** anderweit an die Meistbietenden vermiethet werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf

Mittwoch, den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr

an **Rathsstelle** anberaumt.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 14. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stöß.

Eine Rede Rickert's.

Herr Rickert hat am Donnerstag in Danzig zu seinen Wählern gesprochen und in seiner Rede den Austritt einer Anzahl Fractionsgenossen aus der nationalliberalen Partei verkündet. Daß es sich dabei um die Namen Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger und den Redner selbst handelt, ist bekannt. Man hat es hier einfach mit dem Programm der nach links neigenden Gruppe der Partei zu thun. Wie es heißt, geschah es in Folge eines Abkommens zwischen Herrn v. Forckenbeck und dem Abgeordneten Rickert, daß dieser es unternahm, die Grundzüge der „neuen Parteibildung" gewissermaßen officiell darzulegen. Diese Grundzüge scheinen das Wesentliche der Erklärung zu enthalten, mit der die Dissidenten der Fraction demnächst hervortreten wollen und die gleichfalls aus der Feder Rickert's hervorgehen soll. Wir geben nachstehend die Ausführungen Rickert's im Auszuge wieder:

In Betreff der nationalliberalen Parteiverhältnisse bemerkte Herr Rickert zunächst, daß eine Krisis thatsächlich vorhanden sei. Es könne nicht in Abrede gestellt werden, fuhr er fort, und es sei für Jedermann offenkundig, daß seit der neuen Wirthschaftspolitik Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Dinge innerhalb der nationalliberalen Fraction hervorgetreten; ebenso offenkundig sei es, daß die Differenzen sich später auch auf andere Gebiete erstreckt hätten. Namentlich sei es zu bedauern, daß die Spaltung der nationalliberalen Fraction in der Kirchengesetzfrage nicht hätte vermieden werden können.

Nach dieser Einleitung ging der Redner auf die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Parlament ein; er erklärte dieselben als eine Gefahr für unser öffentliches Leben. So nützlich es auch dem Reichskanzler in einzelnen Fragen gewesen sein möge, die Stützen zu wechseln und das eine Gesetz mit dem Centrum, das andere mit den Liberalen zu Stande zu bringen, für die Dauer sei ein solcher Zustand unhaltbar, er müsse zur vollständigen Unsicherheit und zu sehr gefährlichen Schwankungen in unserer inneren Entwickelung führen, demoralisirend und desorganisirend auf das politische Leben und die politischen Zustände wirken. Windthorst's Rede mit ihren Anerbietungen gegen die Regierung scheine auch in einigen liberalen Kreisen in einer wenig erfreulichen Weise gewirkt zu haben. Das leitende Blatt der rheinischen Liberalen erklärte bereits, daß die Börsen-, Biet- und Branntweinsteuer ohnehin bewilligt werden würden, sei es unter Beibehaltung des Frankenstein'schen Antrages von Conservativen und Centrum oder unter Aufhebung desselben von Liberalen und einem großen Theil der Conservativen. Sollte die Sache wirklich schon so stehen? Herr Rickert bezweifelt das. Er und gewiß auch eine Anzahl von Freunden würden nicht zu Denjenigen gehören, welche lediglich, um dem Centrum den Rang abzulaufen, diese neuen Steuerbewilligungen machen werden. Daß solche Auffassungen überhaupt möglich, sei eine sehr bedenkliche Folge unserer gegenwärtigen Parteiverhältnisse, das Resultat der Politik des „an die Wand Drückens der Nationalliberalen". Auf keinem Gebiete sei je mit einer solchen Schnelligkeit und Leichtigkeit operirt, wie auf dem der Zoll- und Steuerpolitik. Man spreche fortwährend von Entlastung von den schwer drückenden Steuern, aber Niemand habe bis jetzt gesagt, wie man dazu gelangen wolle. Niemand habe einen festen, klaren Plan vorgelegt. Trotz der vielen Steuer-Auseinandersetzungen wisse man im Lande noch absolut nicht, wie die Staatsregierung ihr Programm durchzuführen gedenke. Ehe man neue Steuern bewilligen könne, müsse man doch erst das Resultat der letzten Bewilligung abwarten ....

Nichts sei gefährlicher, als schnelles Experimentiren auf dem Gebiete der Finanz- und Zollpolitik. Was sei aus den Hoffnungen des vorigen Jahres geworden? Sei ein anderer Aufschwung bemerkbar, als der aus einer besseren Lage des Weltmarktes, namentlich aus dem größeren Bedarf von Amerika resultirende? Habe die Wirthschaftsreform zu mehr und besser bezahlter nationaler Arbeit geführt? Seien die Erwartungen der Landwirthe erfüllt? Könnte man sich nicht Glück wünschen dazu, daß das Ausland jetzt, wo gewiß keine Hunderttausende von Scheffeln unverkäuflich umhertreiben würden, uns an Korn liefern, was uns fehle? Sei namentlich die Eisenbahntarifpolitik den Hoffnungen, die man sich gemacht, entsprechend?

Herr Rickert ging alsdann auf die Verhältnisse der Parteien im Reichstag und Landtag über. Seine Freunde in der Heimath wüßten, daß er seit längerer Zeit kein Fractionsfanatiker und daß er immer dahin gestrebt habe, Verständigung und Frieden unter den Liberalen zu erhalten. Der Zwiespalt und der Kampf unter den Liberalen sei für die gemeinsame Sache verhängnißvoll geworden. Wie sehr man auch über das Streben spotten möge, eine durchgreifende Besserung unserer inneren Verhältnisse sei nur zu erwarten, wenn wir zu großen Parteien gelangten. Die Conservativen hätten es verstanden, sich von Köller bis Stöcker zu vereinigen (!), sie wären vor Allem im Lande bei den Wahlen zusammen gegangen. Wenn man von vornherein sage, es sei unmöglich, dann arbeite man nur Denen in die Hände, welche aus triftigen Gründen die Verständigung unter den Liberalen nicht wollten. In Tausenden von Wählern lebe, was man auch sagen möge, der Gedanke, an ihnen liege es, Hand anzulegen zur Verwirklichung desselben. Im Parlament freilich werden der Bildung großer Parteien wahrscheinlich noch größere Hindernisse entgegentreten. Dort möge auch zur Zeit das Fractionswesen, obschon es an sehr schweren Mängeln leide, bestehen, jedenfalls dürfe es nicht auf die Wählerschaften übertragen werden. Es würde nur zur Schwächung der Liberalen beitragen. Es gäbe auch eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, in denen in allgemeinen liberalen Wahlvereinen die Verständigung über die Candidaten erfolge und ein Fractionsunterschied gar nicht gemacht werde. Die liberalen Wählerschaften brauchten einfachere Formen für ihre gemeinsame Wirksamkeit, sie trieben in klareren festeren Zügen Politik. Wenn die „Köln Z.", welche übrigens vor den letzten Landtagswahlen dringend die Einigung aller Liberalen befürwortet hat, meint, eine ausgesprochen gegen den Reichskanzler gerichtete Majorität im Lande sei unerreichbar, so wäre dies keine richtige Fragestellung. Muß denn eine liberale Majorität nothwendig gegen den Reichskanzler gerichtet sein? Seine auswärtige Politik habe stets die Anerkennung und Unterstützung der Liberalen gefunden und seine innere Politik, so weit sie mit den Anschauungen der Liberalen harmonirte und Fortschritte in unserer öffentlichen Entwickelung zuließ, ebenfalls. Auch in Zukunft würden die Liberalen alle Vorlagen lediglich ihrem Inhalt nach prüfen und sie würden sich gewiß freuen, wenn sie den Reichskanzler unterstützen könnten. Das werde man doch aber von keinem Liberalen verlangen, daß er die Politik der Conservativen treibe, nur um selbst Stütze des Reichskanzlers zu sein und das Centrum dazu nicht kommen zu lassen. Es sei ein ganz ungerechtfertigter Vorwurf, der in einem Theil der nationalliberalen Presse den Mitgliedern des sogenannten linken Flügels gemacht werde, daß sie starre Principienreiterei und Opposition um jeden Preis wollten. Eine Politik freilich, wie sie jetzt von einem Mitgliede der nationalliberalen Partei im „Hannov. Courier" und in anderen nationalliberalen Blättern empfohlen würde und die als Taktik empfehle, sich so einzurichten, daß man die „unentbehrliche Stütze" der Regierung werde, und die sich auch u. A. in den heftigsten und unbegründetsten Angriffen gegen einen Mann wie Lasker kundgebe, werde von ihnen nicht acceptirt werden, eben so wenig wie die neue Wirthschafts- und Steuerpolitik. Es sei leider Thatsache, daß in der nationalliberalen Fraction seit der Wirthschaftsreform wegen der wirthschaftlichen Fragen und neuerdings auch über die in richtigen Sachen einzuschlagenden Wege — bezüglich der Ziele sei man einig — erhebliche Meinungsverschiedenheiten herrschten, welche die Kraft und Actionsfähigkeit lähmten. Da liege die Frage allerdings nahe, ob es nicht zweckmäßig und im Interesse beider Theile sei, wenn der dissentirende Theil den Fractionsverband aufgebe. Die Fractionen im Parlament seien schließlich nur die Formen für eine ersprießliche Thätigkeit; könne man die letztere in Uebereinstimmung mit seiner Ueberzeugung nicht mehr entfalten, so habe das Festhalten an der Form keinen Werth. Ohne an dieselbe gebunden zu sein, werde man besser und unter Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen neben einander arbeiten und wirken können.

Am Schlusse seines Vortrags bezeichnete Hr. Rickert die Ziele einer „großen liberalen Partei". Es gelte jetzt Front zu machen gegen alle rückschrittlichen Bestrebungen der Conservativen und des Centrums, es gelte, Das, was die Liberalen in langer mühsamer Arbeit errungen, zu vertheidigen. Aufrechterhaltung der Falk'schen Politik in Schule und Kirche, Aufrechterhaltung der Delbrück'schen Zoll-, Münz- und Handelspolitik, Ruhe und Sicherheit für das gesammte Erwerbsleben der Nation, Abwehr aller bedenklichen wirthschaftlichen und Steuer-Experimente, volle Aufrechterhaltung der Rechte der Volksvertretung — das sei das gegebene Programm für die liberale Partei.

Wer die Verständigung ernstlich wolle und unbefangen die thatsächlichen Verhältnisse betrachte, werde sie auch finden. Herr Rickert wies dabei auf den Wahlaufruf der Nationalliberalen von 1878, der ausdrücklich an den großen Grundzügen der ein halbes Jahrhundert erprobten Handelspolitik festhalten wissen wolle. Mit dem Rufe „Einig und dann vorwärts!" schloß der Vortrag.

Der Grundton der Rede des Herrn Rickert ist der phantastische Traum von einer „Großen liberalen Partei", der, wie wir wiederholt ausführlich dargelegt haben, sich gegenwärtig unmöglich verwirklichen kann. Wir sind der Ansicht, daß die nationalliberale Partei viel geschlossener und einflußreicher sein würde, wenn sie die Unzufriedenen des linken Flügels entließe und dafür die durch ein künstliches Manöver im Reichstag abgesprengte Gruppe Völk-Schauß wieder aufnähme! Dieser Proceß würde sofort größere Klarheit in die Situation bringen. An den Wählern wird es dann sein, zwischen Bennigsen-Völk und Lasker-Stauffenberg-Forckenbeck zu entscheiden. Es würde sich bald herausstellen, wo die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung und damit die politische Macht liegt. Im Interesse der praktischen Politik ist diese Unterscheidung dringend zu wünschen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 23. August.

Alle Nachrichten, nach welchen bereits ein bestimmter Termin, angeblich der 1. April 1881, für die Abtrennung Altonas von dem Freihafengebiet in Aussicht genommen sei, erweisen sich, wie wir mitzutheilen in der Lage sind, als verfrüht. Es ergeben sich im weiteren Verlauf der Ermittelungen an Ort und Stelle Schwierigkeiten, deren Ueberwindung in einem so kurzen Zeitraum kaum möglich sein dürfte. Wenn es als unumgänglich anzusehen ist, daß Altona einen zollfreien Elbquai von genügenden Dimensionen erhalte, um als Sammel- und Abfertigungsstelle des überseeischen Handels zu dienen, so können füglich noch Jahre vergehen, ehe mit der Durchführung solcher Verkehrseinrichtungen die thatsächliche Möglichkeit der Einverleibung überhaupt gegeben ist. In Kreisen, die dem Fürsten Bismarck nahe stehen, glaubt man, es werde irgend ein Provisorium Platz greifen müssen. Doch treten solchem Auskunftsmittel technische Bedenken entgegen, durch die es wiederum in Frage gestellt wird. Ob sich der preußische Landtag bereits in seiner Herbstsession mit Forderungen auf Grund dieser Angelegenheit zu befassen haben wird, entzieht sich zur Stunde noch der Beurtheilung. Auf alle Fälle kann es indessen als sicher gelten, daß, entgegen der ursprünglichen Absicht, eine Mitwirkung der preußischen Landesvertretung sich nicht wird umgehen lassen. Der Plan, durch Erhöhung der an Preußen zu entrichtenden Pauschalsumme für die Zollerhebung die entfallenden Mehrkosten zu decken (eine Maßregel, deren Durchführung im Bundesrath ja allerdings nichts im Wege stände) würde zu dem angegebenen Zweck bei Weitem nicht genügen. Bezüglich der Verlegung der Zollgrenze auf der Unterelbe nach Cuxhaven ist ein abschließendes Urtheil gleichfalls noch nicht gewonnen worden. Von technisch beachtenswerther Stelle aus hat man zuständigen Orts dargelegt, wie es doch wohl wünschenswerth sein möchte, sich über die Zollabfertigung auf der Themse, der Schelde ꝛc. durch persönliche Information zu unterrichten, um ein Vergleichsobject zu gewinnen und event. verwandte Einrichtungen treffen zu können. Man weiß indessen, daß der Reichskanzler (es bleibt unerfindlich, aus welchen Gründen) diesem Gedanken von Anfang an nicht sehr geneigt war.

Auf conservativer Seite ist bekanntlich nichts weniger zu finden, als Einigkeit. In den einzelnen Gruppen der Partei macht sich der Kantönligeist mit unendlich viel Behagen breit und nur dann herrscht Uebereinstimmung, wenn es „Pflicht und Gewissen" gebieten, über die Nationalliberalen herzufallen, die Verdienste Bennigsen's herabzusetzen und den Liberalismus republikanischer Tendenzen zu bezichtigen. Die verschiedenen Richtungen sind gegenwärtig von banger Sorge erfüllt. Ein „süddeutscher Arzt und Berather" der conservativen Partei, Herr v. Fechenbach, findet das beste Heilmittel gegen schlechte Wahlen in einer frischen, fröhlichen Reaction, Arm in Arm mit den Jesuiten Windthorst und